
N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 11. März 2019**, im Großen Sitzungssaal des Landratsamts in Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz.

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:55 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Pflegeplanung; Fortschreibung der Bedarfseckwerte für stationäre und teilstationäre Pflegeangebote bis zum Jahr 2025	2018/235
2.	Bericht des Sozialamtes zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach §§ 53 ff SGB XII – 2017	2018/224
3.	Fortschreibung des Teilhabepplans für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung; Stand der Umsetzung	2018/236
4.	Seniorenplan für den Landkreis Konstanz; Stand der Umsetzung	2019/038
5.	Amt für Migration und Integration - Referat Integration; Jahresbericht 2018	2019/013
6.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	
6.1.	Asylzentrum in Kreuzlingen; Stellungnahme von Landrat Frank Hämmerle	
6.2.	Letzte Sozialausschusssitzung des amtierenden Landrats	

Vorsitzender

Hämmerle, Frank, Vorsitzender und Landrat

Stimmberechtigte Mitglieder

Both, Hubertus, Dr.

Brennenstuhl, Heinz

Czajor, Marion

Demmler, Kurt

Engelhardt, Udo

Faden, Jürgen

Häusler, Bernd

Happle-Lung, Ines

Herberger, Veronika

Hirschle, Franz

Hofer, Sigrid, Dr.

Hoffmann, Andreas

Keck, Jürgen, MdL

Repnik, Hermann

Sarikas, Zahide

Schwede, Anke

Storz, Hans-Peter

Volz, Tobias

Zoll, Wolfgang, Dr. (bis 16:30 Uhr)

Beratende Mitglieder

Eberwein, Bernd, Dr.

Ehret, Matthias

Grams, Christian

Zedler, Reinhard (ab 16:15 Uhr)

Entschuldigt:

Bodman, Johannes, Freiherr von

Verwaltung

Basel, Stefan

Brumm, Monika (TOP 5)

Heyna, Sybille (TOP 1)

Mende, Susanne

Schönbucher, Cornelia

Protokoll

Hoffmann, Vera

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

1. **Pflegeplanung;**

Fortschreibung der Bedarfseckwerte für stationäre und teilstationäre Pflegeangebote bis zum Jahr 2025

(Dieser TOP wird gemeinsam mit TOP 4 beraten.)

Frau **Mende** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Hoffmann**

Es ist erfreulich, dass die Heimaufsicht dieses Thema nicht nur statistisch verfolgt, sondern dass sie beratend und unterstützend in den Pflegeheimen unterwegs ist. Nur bei wenigen anderen Landkreisen die Heimaufsicht ebenfalls dem Sozialdezernat angegliedert. Das hat sich als Segen erwiesen und sollte beibehalten werden.

Die Bedarfsprognose ist schwierig. Es verwundert, dass es laut Bericht in der Tagespflege an Angeboten für Wochenenden und Feiertagen fehlt. Die Caritas hat solche Angebote schon in der Stadt Konstanz gemacht, jedoch ohne jegliche Resonanz. Evtl. hängt das damit zusammen, dass die Pflegeversicherungen im ambulanten Bereich wesentlich mehr Mittel haben als noch vor einigen Jahren. Vielleicht ist das Thema für den Landkreis relevant, aber in der Stadt Konstanz besteht offensichtlich kein Bedarf. Dies wurde so auch vom Pflegestützpunkt bestätigt.

In der Kurzzeitpflege konnte ein großer Fortschritt gemacht werden. Die Idee, dass der Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz (GLKN) Kurzzeitpflegeplätze einrichtet, wurde auch schon oft im Sozialausschuss diskutiert. Diese wurden es nun in Engen eingerichtet und es ist gut und wichtig, dass diese Plätze vorhanden sind.

Allerdings ergibt sich seither ein besonderer Effekt, der weiterhin beobachtet werden sollte: Wenn man aus den Orten Konstanz, Allensbach, Reichenau oder Radolfzell in die Kurzzeitpflege nach Engen kommt, hat man zwei Möglichkeiten, diese wieder zu verlassen. Im besten Fall kann man wieder nach Hause. Im anderen Fall erfolgt eine Verlegung in eine vollstationäre Einrichtung bzw. ein Altenheim. Dabei wird in der Regel zuerst im Umfeld von Engen nach freien Plätzen gesucht.

Konstanzer Bürger werden dadurch in ein Pflegeheim im Hegau verlegt. Die Rückverlegung an den eigenen Wohnort zieht sich zwar durch den gesamten vorgestellten Bericht durch, ist in der Realität aber noch optimierungsfähig. Denkbar wäre, dass der GLKN auch in Konstanz Kurzzeitpflegeplätze einrichtet.

Das Zentrum für Psychiatrie Reichenau (ZfP) bietet stationäre Altenpflege an, jedoch nicht nur für den Landkreis Konstanz, sondern auch für drei andere Landkreise. In der Vergangenheit hat man sich bereits darüber ausgetauscht, wie viele dieser Plätze wohl für die Bevölkerung des Landkreises Konstanz sind. Nun sind die Statistiken der Heimaufsicht anonymisiert und die Zahlen des ZfP für den Landkreis Konstanz konnten nicht mehr herausgelesen werden. Könnten diese Zahlen dennoch herausgegeben werden?

Im Bericht sind auch die Pflegewohngemeinschaften aufgeführt. Es ist allerdings ein Irrtum zu unterstellen, dass es sich dabei um den gleichen Personenkreis handelt, der vollstationäre Pflege braucht. Das trifft nicht zu. Eine WG ersetzt kein Pflegeheim oder zumindest nur in den wenigsten Fällen.

Zum Thema Pflegepersonal wurden in der letzten Sitzung des Sozialausschusses bereits Vorschläge eingebracht, wie bspw. die Koordination der Generalistischen Ausbildung über den GLKN und Pflegeeinrichtungen im Landkreis erfolgen könnte. Diese Themen sind auf einem guten Weg.

An den Themen berufsbegleitender Ausbildungsgang in der Pflege und die Kooperation mit dem Partnerlandkreis Istrien ist man bereits dran. Das Thema „Werbung für Pflegeberufe“ ist noch offen und sollte weiter forciert werden. Zudem sollte noch ein Hinweis dazu gegeben werden, welche Gedanken sich der Landkreis zum Thema Kommunale Pflegekonferenz gemacht hat.

Vorsitzender

Eine Delegation des Landkreises Konstanz war kürzlich erst wieder zu Besuch in Istrien. Dort wurde unter anderem auch das Thema Pflegekräfte angesprochen. In den Besprechungen wurde allerdings deutlich der Wunsch geäußert, dass man bitte keine Leute aus Istrien abwerben solle. Hintergrund ist, dass viele Menschen bereits nach Italien abgewandert sind.

Es wurde aber vereinbart, einen Austausch für Auszubildende in der Krankenpflege einzurichten. Ein Vorteil dieses Austausches wäre, dass man die Menschen, die sich zu einem Austausch nach Deutschland begeben, ggf. auch für einen dauerhaften Aufenthalt begeistert könnte. Das müsste dann aber als ein europäisches Projekt definiert werden, denn nach der dortigen Ausbildungsverordnung ist das Verlassen der Pflegeschule ins Ausland nur für eine Woche möglich. Im Rahmen eines EU-Projektes wäre mehr möglich.

Über die Werbung für Pflegeberufe muss man weitere Überlegungen anstellen. Es wird allerdings auch an die bereits bestehende und jährlich stattfindende Pflegemesse „MARS“ erinnert.

Es wird auch begrüßt, eine Kommunale Pflegekonferenz einzurichten, denn in der Gesundheitskonferenz können nicht alle Themen abgearbeitet werden. Das müsste dann der neu gewählte Kreistag mit dem neu gewählten Landrat auf den Weg bringen.

Frau Heyna

Für das ZfP gibt es einen Gesamtversorgungsvertrag mit den Pflegekassen. Am ZfP gibt es verschiedene Einrichtungen, die eigentlich der Eingliederungshilfe zuzurechnen sind. Im originären Pflegebereich wird mit maximal 64 Personen gerechnet. Nicht alle betreuten Personen kommen aus dem Landkreis Konstanz.

Abweichend zu den bereits vorliegenden Listen in Bezug auf das Tagespflegeangebot im Landkreis liegt der Heimaufsicht noch ein Bauantrag der Stadt Aach für 45 Plätze vor. Die neue Einrichtung in Tengen wird definitiv im zweiten Halbjahr 2019 in Betrieb genommen. Im Weiherhof Nord in Konstanz waren ursprünglich 60 Plätze geplant. Dies wird nun auf 86 Plätze aufgestockt.

Die ambulant betreuten WGs sind mit aufgeführt, weil die neuen Wohnformen nach dem Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz BW zu nennen sind.

Frau **Mende** stellt den Sachverhalt zu TOP 4 dar.

Herr **Basel** ergänzt den Sachverhalt.

Das Sozialdezernat sieht den Bedarf eine Kommunale Pflegekonferenz einzurichten. Im Landkreistag wird darüber diskutiert, inwiefern diese solitär zur Gesundheitskonferenz sein sollte. Es wird derzeit ein Konzept erstellt, um mit diesem Thema und dem neuen Kreistag im Herbst beginnen zu können. Die Strukturen werden ähnlich wie bei der Kommunalen Gesundheitskonferenz sein.

Kreisrat Storz

Es ist schön zu sehen, dass es im Landkreis Konstanz mittlerweile viele Investitionen gibt, die die Landesheimbauverordnung (LHeimBauVO) umsetzen können, sodass fast genügend Plätze angeboten werden können.

Wenn der Kreistag will, dass möglichst viele Menschen möglichst lange zu Hause leben oder durch Angehörige gepflegt werden können, muss er einen massiven Ausbau der Kurzzeitpflegeplätze voranbringen. Angehörige können diese Arbeit nur leisten, wenn sie auch mal Auszeit davon nehmen können. Um diese Auszeit nehmen zu können, werden diese Kurzzeitpflegeplätze benötigt.

Der Sitzungsvorlage ist zu entnehmen, dass es dafür unterstützende Interventionen bedarf. Richtet sich das an den Landtag? An wen muss man sich wenden bzw. wie

kann der Kreistag aktiv werden?

Kreisrätin **Happle-Lung**

Dass es eine Vielfalt an individuellen Möglichkeiten zur Unterbringung von älteren Menschen gibt, die auch familiengerecht sind, stimmt einen positiv.

Dreh- und Angelpunkt der Debatte über die Pflege Themen ist allerdings immer die Personalsituation, denn für alle Aufgaben ist ein gutes Fachpersonal erforderlich. Es kann nicht sein, dass immer mehr Personal aus dem Ausland angeworben wird.

Die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten werden täglich am eigenen Arbeitsplatz auf der Krankenstation wahrgenommen. Trotz langjähriger Ausbildung im Heimatland sind den ausländischen Personalkräften die Praktiken der Pflege in Deutschland meist unbekannt. Der Personalbestand muss ausgewogen sein mit Kräften, die ihre Ausbildung in Deutschland gemacht haben. Zudem fehlen die ausländischen Kräfte dann zunehmend in den eigenen Familien in den dortigen Ländern.

Würde man die Rahmenbedingungen endlich ändern, würden ggf. auch einige Fachkräfte aus der Schweiz zurückkommen. Vorteil wäre, dass diese Fachleute bereits eine Wohnung im Raum Konstanz haben und nicht mehr nach Wohnraum suchen müssten. Anstatt alle Kräfte in neue Konzepte zur Anwerbung neuer Kräfte zu investieren, sollte man sich evtl. auch mal um das Personal kümmern, das bereits vorhanden ist und den Betrieb aufrechterhält.

Kreisrat **Keck, MdL**

Vieles wird schlecht geredet und schlecht gemacht, was aber leider oft auch den tatsächlichen Bedingungen in der Pflege entspricht. Bund, Länder und Kommunen müssen den Pflegeberuf nicht nur mehr bewerben, sondern dem vorhandenen Personal auch die entsprechende Wertschätzung erweisen.

Die LHeimBauVO wird von vielen Kommunen aktiv umgesetzt, von einigen Kommunen allerdings auch nur in langsamen Schritten.

Es wäre löblich und gut, wenn man zum Entlass-Management im Landkreis Konstanz eine eigene Lösung finden bzw. eine Arbeitsgruppe gründen würde. Dies müsste grundsätzlich aber auch landesweit geregelt werden. Die Pflegekassen sind an diesem Thema ebenfalls dran.

Kreisrat **Volz**

Der Bericht ist positiv geschrieben, das Thema wird in der Praxis allerdings anders erlebt. In der Stadt Konstanz wird viel große Not wahrgenommen, weil es in Konstanz derzeit keinen ambulanten Pflegedienst mit freien Kapazitäten gibt, die der großen Nachfrage gerecht werden. Des Weiteren ist die Anzahl an 24-Stunden-Kräften hoch. Diese Zahl hat stark zugenommen und diese Kräfte kosten viel Geld. In dieser Hinsicht wirkt der Bericht etwas geschönt.

In Bezug auf die geplante Gesundheitskonferenz wird angemerkt, dass man vor 20 Jahren noch mehr in die Quartiere gegangen ist, um nachzufragen, was die einzelnen Gemeinden vor Ort brauchen. Es gab Runde Tische mit ambulanten Diensten, der Gemeinde, den Kirchen, Besuchsdiensten, Nachbarschaftshilfen etc. Davon wird momentan nicht viel wahrgenommen. Im Umfeld der Stadt Konstanz ist die Situation sehr angespannt.

Wenn zum Thema Kurzzeitpflege der Hinweis erfolgt, dass mehr gebaut werden soll, stellt sich zugleich auch immer die Frage, mit welchem Personal diese neuen Betriebe geführt werden sollen. Denn der derzeitige Personalmangel an Krankenhäusern und in der ambulanten Pflege ist bereits enorm. Einige Mitarbeitende haben bereits mehr als 500 Überstunden. Die Situation ist vermutlich viel schlimmer, als sie tatsächlich zugegeben wird.

Es wird sehr darauf gehofft, dass man in der generalistischen Pflegeausbildung zu-

sammen mit dem GLKN und der kreiseigenen Pflegeschule gute Wege finden wird, denn momentan scheint es dort einige Schwierigkeiten zu geben.

Was bisher noch im Landkreis Konstanz fehlt, ist das Thema Pflegehotel. Kurzzeitpflege ist für viele bereits etwas schockierend und wird von vielen abgelehnt. Das ist allerdings nicht die Aufgabe des Landkreises, sondern dies muss von einem privaten Investor übernommen werden.

Herr **Dr. Eberwein**

Der Kreissenorenrat ist dankbar für die immense Arbeit, die in der Kreisverwaltung geleistet wurde, um den Kreissenorenplan aufzustellen. Viele Themen des Kreissenorenplanes betreffen nicht nur Senioren, sondern auch andere Generationen. Einzig die Pflege scheint vordergründig ein Seniorenthema zu sein.

Der Kreissenorenplan zeichnet ein positives Bild von Senioren und geht davon aus, dass diese zunehmend gesund, vital und aktiv sind.

Die meisten Themen und Handlungsfelder richten sich nicht primär an das Landratsamt, sondern an Gemeinden, Städte und Vereinigungen, wobei jede dieser Institutionen ihre eigenen Fragestellungen hat und eigene Lösungswege finden muss.

Beim Thema Wohnen im Alter gibt es in der Tat große Bemühungen von öffentlichen und privaten Bauträgern zur Schaffung von seniorengerechtem Wohnraum. Das Geld spielt dabei natürlich eine große Rolle, denn der Bau ist teuer und das zeigt sich auch in erhöhten Mieten. Eine Pflege-WG wird unterm Strich auch nicht günstiger sein, als ein Platz im Pflegeheim.

Es stimmt hoffnungsvoll, dass vermehrt Gemeindeverwaltungen im Sinne der Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger Initiativen ergreifen und dies auch als ihre Aufgabe sehen.

Der Rückenwind für die Gründung von Seniorenräten, der bisher vom Landratsamt, insbesondere vom **Vorsitzenden** gekommen ist, war bisher immer hilfreich. Das wird sich in der Zukunft mit Sicherheit fortsetzen. Für die Arbeit des Seniorenrates ist sowohl die ehrenamtliche als auch die hauptamtliche Arbeit wichtig.

Der Seniorenplan sollte auch weiterhin fortgeschrieben werden, denn es gibt immer wieder neue Aufgaben wie bspw. die Integration von Geflüchteten. Für die Zukunft müsste darüber nachgedacht werden, wer eine gewisse Kontrollfunktion übernehmen könnte.

Der Kreissenorenrat ist manchmal etwas ungeduldig, denn Senioren denken in Monaten und nicht in Jahren.

Frau **Mende**

In Bezug auf die Frage von Kreisrat **Storz** wird mitgeteilt, dass das Land BW die Not erkannt und ein Förderprogramm aufgelegt hat, bei dem sich Anbieter für eine Anschubfinanzierung bewerben können. Zudem ist es geplant, die Vergütungssätze zu erhöhen. Nur muss ein Anbieter auch gefunden werden. Das kann der GLKN sein, oder aber auch ein Pflegeheim.

Der von Kreisrat **Volz** angesprochene Notstand in der ambulanten Pflege würde auch in der geplanten Pflegekonferenz angesprochen und beraten werden.

Die Fortschreibung des Seniorenplanes ist auf der Agenda, jedoch nicht für das Jahr 2019.

Beschluss:

Entfällt.

2. **Bericht des Sozialamtes zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach §§ 53 ff SGB XII – 2017**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Mitteilungsvorlage.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis. Wortmeldungen erfolgen nicht.

Beschluss:

Entfällt.

3. **Fortschreibung des Teilhabeplans für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung;
Stand der Umsetzung**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Kreisrat **Hoffmann**

Das Thema Bundesteilhabegesetz stellt die bisherige Arbeit größtenteils in Frage. Vor allem ist die Vergleichbarkeit zu den bisherigen Berichten nicht mehr gegeben. Im Mai stehen Kommunalwahlen an, was auch für den Sozialausschuss Veränderung bedeuten wird. Es wird daher vorgeschlagen, eine halbtägige Klausurtagung des Sozialausschusses gemeinsam mit der Verwaltung zu planen, um das Thema Bundesteilhabegesetz in seiner Gesamtheit zu durchleuchten und herauszuarbeiten, welche Konsequenzen dies für den Landkreis Konstanz haben wird.

Bisher ist man mit der Fortschreibung des Teilhabeplans sehr gut gefahren. Gemeinsam mit den Trägern hat die Verwaltung ein tolles Konzept entwickelt. Vor Ort konnten immer Lösungen gefunden werden.

Als der Landkreis vor vielen Jahren mit den Sozialausgaben desolat dastand, hatte man sich vorgenommen, Angebote zu schaffen für alle behinderten Menschen, damit möglichst keiner mehr den Landkreis verlassen muss, nur weil er keine passende Einrichtung findet.

Das ist auch gelungen, insbesondere für diejenigen, die als „neue“ behinderte Menschen dazugekommen sind.

Es wäre gut, wenn der neue Sozialausschuss mit dem neuen Landrat und dem neuen Sozialdezernenten nur noch das Fundament klären und sich darauf verständigen würden, den bisherigen Plan fortzuschreiben.

Der Behindertenbeauftragte des Landkreises Konstanz deckt zudem Felder ab, die die Verwaltung nie abdecken könnte wie bspw. die Belange der Menschen mit Behinderung offenkundig zu machen. Er findet Resonanz bei der Presse und den Verbänden, was eine sehr gute Arbeit ist.

Das Thema Wohnraum für Menschen mit Behinderungen müsste nochmals näher betrachtet werden. Denn auch in diesem Bereich ist es schwer, Wohnungen zu finden, in denen ambulante Angebote möglich sind.

Vorsitzender

Es wird daran erinnert, dass sich der Kreistag anderen zentralen Themen in den jeweiligen Ausschüssen im Rahmen von Klausurtagungen genähert hat. So bspw. für den Schulbau oder für den ÖPNV. Das hat sich bewährt.

Bei Thema Teilhabe würde es sich evtl. auch anbieten, freie Träger zu einem Tagesordnungspunkt einzuladen und anzuhören. Der neue Sozialdezernent, Herr **Basel**, wird das Thema Klausurtagung in das neu gewählte Gremium mit einbringen.

Beschluss:

Entfällt.

**4. Seniorenplan für den Landkreis Konstanz;
Stand der Umsetzung**

Dieser TOP wurde gemeinsam mit TOP 1 beraten.

**5. Amt für Migration und Integration - Referat Integration;
Jahresbericht 2018**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Kreisrat **Hoffmann**

Ein herzliches Willkommen an Frau **Brumm** in ihrer neuen Funktion als Leiterin des Amtes für Migration und Integration.

Im Landkreis Konstanz leben junge Männer mit Migrationshintergrund, die außerhalb der Schulpflicht und auch außerhalb des Angebots der VABO-E Klassen (Vorbereitung auf den externen Hauptschulabschluss für erwachsene Flüchtlinge) sind und eine Duldung oder eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis haben. Diese jungen Menschen besuchen keine Schule, machen keine Ausbildung und haben auch keine Arbeitsstelle.

Meine persönliche Sorge ist, dass man diesen relativ großen Personenkreis aus dem Auge verliert, weil sich die Angebote für diesen Kreis auch irgendwann erschöpfen.

Es ist eine Aufgabe des Sozialausschusses, sich dazu Gedanken zu machen, wie man diese Personengruppe an eine Arbeitsstelle heranführen könnte. Hier droht ein Problem, das schon einmal übersehen wurde beim Thema Gastarbeiter und deren folgenden Generationen. Das darf nicht noch einmal passieren.

Selbst wenn diese Personen nicht auf Dauer in Deutschland bleiben werden, macht es dennoch Sinn, sie auszubilden. Man kann es sich nicht leisten, dass diese Menschen in Deutschland keine Perspektive haben, nichts tun und aus dieser Perspektivlosigkeit heraus in Situationen oder Entwicklungen kommen, die keinem recht sein können.

Dieses Schwerpunktthema wird der amtierende Kreistag nicht mehr lösen können, ggf. aber der nächste. Es wäre daher erfreulich, wenn der neu gewählte Sozialausschuss über dieses Thema ins Gespräch kommen würde.

Vorsitzender

Dies wird zugesagt. Dieses Thema bereitet auch mir seit längerer Zeit Sorgen.

Letztlich wird dieses Thema beim Jobcenter aufschlagen. Frau **Brumm** wird daher empfohlen, zu der Sitzung, in der über dieses Thema beraten werden, das Jobcenter mit ins Boot zu holen. Letztlich auch, um dem Jobcenter zu vermitteln, wie brisant das Thema ist. Das Jobcenter kann das Thema zudem sehr gut in Zahlen darstellen.

Kreisrätin **Dr. Hofer**

Der Zeitraum zwischen der Planung und der Umsetzung der Maßnahmen scheint relativ lang zu sein. So wird es zumindest der Sitzungsvorlage entnommen. Z. B. wurde im Mai 2018 ein Notstandsbericht getätigt, der immer noch nicht umgesetzt wurde. Außerdem wäre es gut, mehr über die Ergebnisse der getätigten Maßnahmen zu erfahren. Wie hoch ist die Analphabetenquote? Es werden ja weiterhin Alphabetisierungskurse durchgeführt. Was wird mit dem Förderantrag qualifiziert und engagiert umgesetzt? Wofür werden die Gelder verwendet? Wie hoch die aktuelle Anzahl der

geduldeten Personen im Landkreis?

Vorsitzender

Diese Fragen können auf die Schnelle nicht beantwortet werden. Im Landkreis gibt es zudem verschiedene Ausländerbehörden, was bedeutet, dass das Landratsamt auch nicht den Überblick über alle geflüchteten Menschen im Landkreis hat. Auch beim Jobcenter gibt es nur mittelbar die Möglichkeit, zu ermitteln, welche Personen einen Migrationshintergrund haben. Das bedeutet, dass es die Statistiken, die man bräuhete, um das Problem zu schärfen, nicht gibt.

Die gestellten Fragen sind jedoch berechtigt und Frau **Brumm** wird diese, soweit es möglich ist, auch beantworten. Die Antworten werden dem Protokoll beigefügt.

Frau Brumm

In den Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises befanden sich im Januar 2019 114 geduldete Personen.

In Bezug auf die Analphabetenquote gibt es eine Vormerkliste für die VwV-Kurse. Der aktuelle Stand wird dem Protokoll beigefügt.

Bei „Qualifiziert.Engagiert.“ handelt es sich um ein Förderprojekt des Landes, bei dem Ehrenamtliche gefördert werden. Der Landkreis arbeitet dabei mit verschiedenen anderen Trägern zusammen, die Maßnahmen zur Qualifizierung für Ehrenamtliche anbieten.

In Bezug auf den Notstandsbericht wurde im Mai 2018 ein entsprechendes Schreiben an das Ministerium gesandt. Bis zur Rückmeldung hat es tatsächlich einige Zeit gedauert. Es wird aber auch weiterhin zusammen mit dem Staatlichen Schulamt zusammengearbeitet um zu prüfen, welche Maßnahmen notwendig sind, um ggf. auch von Seiten des Landkreises unterstützen zu können.

Vorsitzender

Das Staatliche Schulamt teilt mit, dass es gerne auch mehr tun würde, wenn es die entsprechenden Lehrkräfte hätte. Auf die Bitte, mehr Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen, wird dann entgegnet, dass andere Stellen dafür verantwortlich seien. So entstehen einige Probleme.

Zudem gibt es auch statistische Probleme. In den Grundschulen soll bspw. ebenfalls Integration stattfinden. Wenn die Zahlenverhältnisse allerdings nicht im geforderten Maße ausfallen, wird die Frage gestellt, wer eigentlich wen integriert. Das ist eine schwierige Geschichte.

Kreisrätin Sarikas

Nicht nur junge alleinstehende Männer, sondern auch viele Familienväter, die schon seit zwei bis drei Jahren in Deutschland leben und deren Aufenthalt geduldet oder nicht anerkannt wird, konnten bisher größtenteils keinen Integrationskurs machen oder nur mit Unterbrechungen an einem Kurs teilnehmen. Diese sind oftmals deprimiert, weil sie ihren Kindern ein Vorbild sein möchten, dies aber mangels Aussichten am Arbeitsmarkt nicht umsetzen können.

Für diese Familienväter wäre es wichtig, sie in einfache Arbeitsverhältnisse zu integrieren, damit sie auch während der Arbeit ein bisschen lernen können. Damit konnte bspw. bei den Technischen Betrieben oder Entsorgungsbetrieben bereits gute Erfahrungen gesammelt werden.

Viele Flüchtlinge haben in ihrem Heimatland nur die arabische Schrift gelernt und werden bei den Sprachkursen ebenfalls als Analphabeten eingestuft. Wenn diese Deutschkurse dann nicht konsequent besucht werden und für die Teilnehmer zwischendurch große Pausen entstehen, fruchtet das Gelernte nicht und man investiert unnötig Geld in diese Kurse. Es muss unbedingt darauf geachtet werden, dass die Träger der Kurse ihre Pausen bzw. dass die Unterbrechungszeiten so kurz wie mög-

lich gehalten werden.

Wenn man es zudem nicht schafft, die Flüchtlingskinder in Schulen mit deutschen Kindern in einem guten Maß zu mischen, wird Integration schwierig werden.

Vorsitzender

Dazu gibt es natürlich die unterschiedlichsten Ansätze. Das Problem wurde erkannt und da muss sich etwas tun. Leicht wird es allerdings nicht werden.

Es wird ausdrücklich zugesagt, dass die Anfragen von Kreisrätin **Dr. Hofer** soweit es möglich ist, beantwortet und dem Protokoll beigelegt werden.

Beschluss:

Entfällt.

6. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

6.1. Asylzentrum in Kreuzlingen; Stellungnahme von Landrat Frank Hämmerle

Vorsitzender

Der Südkurier bat um eine Stellungnahme zum neu eingerichteten sogenannten „Bundesasylzentrum ohne Verfahren“ in Kreuzlingen. Künftig werden hier 310 Geflüchtete, denen eine Ausweisung aus der Schweiz bevorsteht, untergebracht. Hier diese Stellungnahme:

"Es ist richtig und nachvollziehbar, dass die Schweiz abgelehnte Asylbewerber oder Personen die Straftaten begangen haben abschiebt. Das sollte Deutschland auch verstärkt tun. Richtig ist auch, dass die Abzuschiebenden (oder freiwillig Ausreisenden) in einem Ausreisezentrum zusammengeführt werden. Wie Deutschland, schiebt die Schweiz auch hauptsächlich von den Flughäfen aus ab. Da stellt sich aber die Frage, warum nicht Ausreisezentren in der Nähe der Flughäfen eingerichtet werden, sondern hier in Kreuzlingen, 300 m von der Grenze zu Deutschland entfernt.

Dabei muss man wissen, dass die Ausreisezentren den dort untergebrachten Menschen volle Freizügigkeit und Bewegungsfreiheit gewähren. Die Aufnahmekapazität der Einrichtung in Kreuzlingen liegt bei 310 Personen. Nach den Erfahrungen aus dem Schweizer Ausreisezentrum Embrach ist zu erwarten, dass ca. 60 % der Ausreisepflichtigen verschwinden werden. (Quelle: Kreuzlinger Zeitung vom 21.9.2018, Autor: Emil Keller). Wohin? Ist das gewollt? Ich gehe auf dieser Grundlage davon aus, dass sich der Großteil der Bewohner des Kreuzlinger Ausreisezentrums der Abschiebung aus der Schweiz entziehen wird, indem sie die fußläufig zu erreichende Grenze nach Deutschland nutzen.

Ziel der illegalen Grenzüberschreiter wird sicher nicht die Stadt Konstanz oder der Landkreis Konstanz sein. Vielmehr werden diese Personen in Deutschland in den Ballungszentren bei Landsleuten untertauchen. Damit wird sich die Sicherheitslage zwar nicht bei uns, aber im Bundesgebiet verschärfen. Deswegen erwarte ich von der für die Grenzsicherung zuständigen Bundespolizei, dass sie die Kontrollen intensiviert. Auch erwarte ich, dass die Bundespolizei entlang der Schweizer Grenze für diese neue Situation personell und materiell gestärkt wird. Von der Politik erwarte ich, dass die Bundespolizei vorübergehend Grenzkontrollen an diesem Grenzabschnitt durchführen darf. Denn nur dann können die Beamten auch Zurückweisungen vornehmen."

Kreisrat **Keck, MdL**

Aus persönlicher Erfahrung kann berichtet werden, dass die Bundespolizei an der Grenze täglich mehrere illegale Grenzübertritte beobachtet, trotz Grenzkontrollen. Es wird mit Sicherheit zutreffend sein, dass sich 60 % der Ausreisepflichtigen der Abschiebung oder Rückführung entziehen werden. Ob diese Personen dann im Landkreis Konstanz bleiben oder weiterreisen werden, ist unklar.

Es ist allerdings seltsam, dass weder der Landkreis, noch das Land oder der Bund wissen, wie viele geflüchtete Menschen sich in Deutschland tatsächlich aufhalten. Das ist nicht nachvollziehbar.

Von 9.000 geplanten Abschiebungen und Rückführungen wurden im Jahr 2018 wurden nur 3.000 erfolgreich umgesetzt. Der Rest an Ausreisepflichtigen hat sich entweder gewehrt oder war nicht anzutreffen. In der Schweiz scheint dies offensichtlich nicht besser zu laufen.

6.2. Letzte Sozialausschusssitzung des amtierenden Landrats

Vorsitzender

Dies war die letzte Sitzung des Sozialausschusses, die von mir geleitet wurde. In den vergangenen 20 Jahren habe ich nahezu 60 Sitzungen dieses Ausschusses geleitet. Der Ausschuss wurde in dieser Zeit vier Mal neu besetzt - nach den jeweiligen Kreistagswahlen (1999, 2004, 2009 und 2014).

In allen Fällen hat der Ausschuss seine Aufgaben in hervorragender Weise gemeistert. Dabei standen stets die Interessen der Hilfsbedürftigen im Vordergrund.

Es ist uns gemeinsam gelungen, ein modernes und bedarfsgerechtes Angebot im sozialen Bereich zu entwickeln und fortzuschreiben und damit gute Arbeit geleistet.

Prävention wurde und wird groß geschrieben.

In den vergangenen 22 Jahren ist es uns insbesondere gelungen, die Beratungsangebote neu zu strukturieren, Doppelstrukturen abzubauen und die Finanzierung des Aufwands sicherzustellen. Die Angebote sind vertraglich abgesichert.

Wir haben Teilhabepläne für Personen mit einer geistigen, körperlichen und seelischen Behinderung erstellt und einen Seniorenplan.

Wir haben 2004 als einer der ersten Landkreise einen „Gemeindepsychiatrischen Verbund“ mit allen psychiatrischen Diensten im Landkreis gebildet.

Es bleibt mir noch, mich bei Ihnen allen ganz herzlich zu bedanken für die über alle Fraktionen und Gruppierungen hinweg sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Ich bitte Sie auch um Nachsicht, dass ich manchmal etwas hartherziger war, als es die Eigendynamik des Ausschusses erfordert hätte. Aber ich musste mit dem, was hier beraten wurde, ja auch in den Verwaltungs- und Finanzausschuss gehen. Dort war die Ausgangslage natürlich etwas anders.

Wir haben es aber in all den Jahren geschafft, dass das, was hier vorberaten und strukturell beschlossen wurde, auch im Kreistag große Mehrheiten gefunden hat.

Vielen Dank dafür. Ich freue mich, Sie anlässlich meiner Verabschiedung am 29.04.2019 im Konstanzer Konzil begrüßen zu dürfen.

Kreisrat Hoffmann

Der Sozialausschuss ist vor vielen Jahren mit zwei Dingen gestartet, an die ich mich noch gut erinnere. Der Landkreis Konstanz lag landesweit auf Platz 2 in Bezug auf die Sozialausgaben und hatte mitunter auch eine der höchsten Kreisumlagen, die es je im Land BW gegeben hatte.

Zudem stand die große Verwaltungsreform an. Von den damals 1.300 Menschen mit Behinderung lebten nur etwa 15 % im eigenen Landkreis. Die Reform stellte den

Landkreis Konstanz bei diesem Thema vor eine völlig neue Herausforderung als andere Landkreise, denn plötzlich galten regionale Preise, die höher ausfielen, als die bisherigen Preise. Zu dieser Zeit wurden auch die Teilhabepläne u. v. m. beschlossen. Das, was heute selbstverständlich erscheint, wurde mit großer Mühe entwickelt.

Diesen Ausschuss hat insbesondere ausgemacht, dass man sich nicht ideologisch betätigt hat; weder parteipolitisch, noch mit gesellschaftspolitischen Debatten, die fraktionsübergreifend zu Problemen geführt hätten. Dies ist insbesondere auch dem **Vorsitzenden** zu verdanken.

Dieser Sozialausschuss hat sich an der Sache und an den Menschen orientiert.

Zudem wurden die Themen mithilfe der Unterstützung des **Vorsitzenden** so bearbeitet, dass am Ende sinnvolle Lösungen entstanden sind. Um manche Themen wurde auch gerungen. Dieses Ringen war aber immer sehr fair. Es gab einige Dinge, die die Verwaltung anders gesehen hat als dieser Ausschuss, aber das lag in der Natur der Sache.

Der **Vorsitzende** hat es am Ende auch immer akzeptiert, wenn der Ausschuss eine andere Meinung und andere Mehrheiten hatte. Diese Mehrheiten wurde von ihm auch nicht „hintertrieben“ durch andere Beschlüsse im Verwaltungs- und Finanzausschuss oder im Kreistag.

Es ist dem Ausschuss gelungen, sich mit den Sozialausgaben wieder etwas nach unten zu bewegen, ohne dass jemand dadurch Nachteile erfahren hätte.

Herzlichen Dank für das Verständnis gegenüber den Mitgliedern des Sozialausschusses und gegenüber den Menschen, für die sich der Sozialausschuss einsetzt. Danke für den seriösen Umgang und für Ihre Verlässlichkeit in den gesamten 22 Jahren. Das hat dem Ausschuss und den Menschen im Landkreis sehr gut getan.

Wir hoffen, dass es Ihnen in Ihrem vorgezogenen Ruhestand gut geht. Herzlichen Dank für das gute Miteinander.

Vorsitzender

Vielen herzlichen Dank dafür.

Dieser Ausschuss wird auch in Zukunft viel Arbeit und viele Gestaltungsmöglichkeiten haben. Das sollte man auch gerade jetzt, wenn es darum geht, Kandidaten für die bevorstehenden Kommunalwahlen zu finden, deutlich herausarbeiten. Es muss eigentlich eine Lust sein, in diesem Ausschuss für die Zukunft mit diesen spannenden Themen arbeiten zu können. Wenn Sie dies rüberbringen, werden Sie sich auch vor Bewerbern nicht retten können und gute Bewerber finden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 16:55 Uhr.

Der Vorsitzende:

Für den Ausschuss:

Frank Hämmerle

Dr. Hubertus Both

Tobias Volz

Für das Protokoll:

Vera Hoffmann

Anlage 1 – Anfragen KR Hofer